

Der Orloff-Prozeß.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Moskau hat am Montag ein Dokumenten-fälscher-Prozeß begonnen, der außerordentliches Aufsehen erregt und an dem sowohl die russischen wie auch die amerikanischen und deutschen Behörden ein ungemein großes Interesse nehmen. Wir haben über die Montagssitzung bereits berichtet und berichten heute an anderer Stelle über die gestrigen Verhandlungen, aber es erscheint zum besseren Verständnis dessen, worum es hier geht, angebracht, die Vorgeschichte noch einmal kurz zu rekapitulieren:

Vor längerer Zeit tauchten in Amerika und Paris Dokumente auf, aus denen hervorgehen schien, daß die amerikanischen Senatoren Borah und Norris, die als rufstänkefreundlich gelten und die die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Moskau anstreben, von der Sowjetregierung bestochen worden seien. Vom amerikanischen Senat sind mehrfach daraufhin Untersuchungen angestellt worden, die die Dokumente befragt worden, die dann zu dem Ergebnis kamen, daß diese gefälscht sein müßten. Es war den Untersuchungsbehörden aber nicht möglich, den Ursprung der Fälschungen festzustellen. Dieser besonderen Aufgabe ist dann ein Vertreter der Hearst-Presse, der Journalist Knickerbocker, in Berlin nachgegangen. Diesem amerikanischen Journalisten wurde eines Tages von einem Russen Pawlowski vertrauliches Material angeboten, das zunächst unbedeutend war. Es ist ihm aber gelungen, durch diesen Russen dann ein neues Dokument gegen Borah für ein Schein-Doktorat von zweitausend Dollar in die Hände zu bekommen. Die von ihm vorher unterrichtete Berliner Polizei hat dieses Dokument in der Wohnung Knickerbockers photographieren können, worauf es Pawlowski zurückgegeben wurde. Die Untersuchungen der Polizei haben dann festgestellt, daß diese Dokumente von einem russischen Emigranten namens Orloff stammen und insgesamt gefälscht waren.

Ueber das Vorleben des Orloff und des Pawlowski, die jetzt wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugsverbrechen vor Gericht stehen, wurde durch das Verstecken des Vorstehenden folgendes festgestellt. Der Staatsrat Maximilian Orloff ist 1882 geboren, hat das Gymnasium in Warschau besucht und 1904 das juristische Doktorat gemacht. Im Jahre 1914 unterzeichnete er ein Dokument, das ihn als Teilnehmer an der russischen Revolution bezeichnet. Er ist später nach Amerika gekommen, wo er als Journalist tätig war. Er ist ein großer Betrüger und hat sich in den letzten Jahren in Berlin in den besten Kreisen der russischen Emigration einen Namen gemacht. Er ist ein großer Betrüger und hat sich in den letzten Jahren in Berlin in den besten Kreisen der russischen Emigration einen Namen gemacht. Er ist ein großer Betrüger und hat sich in den letzten Jahren in Berlin in den besten Kreisen der russischen Emigration einen Namen gemacht.

Der zweite Angeklagte, Pawlowski, eigentlich heißt er Karpow, ist 1896 geboren. Sein Vater war Generalgouverneur, die Mutter eine Fürstin, die mit dem Romanow verheiratet ist. Er hat von 1906 bis 1914 höhere Lehreinrichtungen und eine Kadetten-Schule besucht. Er ging dann in den Krieg, wurde Offizier und kämpfte 1917, als die Bolschewisten die Kerenski-Regierung zum ersten Male angriffen, gegen die Bolschewisten. Später trat er mit den finnischen Wehrtruppen in Verbindung und wurde 1918 von diesen nach Petersburg geschickt, um die Tschechen auszusupplieren. Er wurde aber erwischt und sollte erschossen werden. Durch einen Bekannten in der Tschechen gelang es ihm, einen Alibi-Beweis zu erhalten, so daß er frei kam, dann trat er richtig in die Dienste der Tschechen ein. Diese schickte ihn zunächst nach Moskau und zwar unter dem Namen Jaroschin. Später wurde er nach Berlin geschickt, wobei man ihm einen Paß auf den Namen Soburov gab. In Berlin fand er gute Beziehungen zu den deutschen Behörden und erhielt von diesen einen Paß auf den Namen Pawlowski.

Noch eine dritte dunkle Figur spielt in diesem Prozeß eine wichtige Rolle, ein Journalist Giewert, der Herausgeber einer Wirtschaftskorrespondenz. Er ist ebenfalls russischer Emigrant, früher Oberst, war Vertrauensmann des Reichskommisariats für öffentliche Ordnung in Berlin und der eigentliche Arbeitgeber Pawlowskis. Die Verteidigung des Staatsrats Orloff zielt darauf ab, den Nachweis zu führen, daß er die Dokumentenfälschungen, die die Moskauer Regierung schwer belasten, aus reinem politischen Idealismus vorgenommen habe und zwar in der Absicht, die Moskauer Regierung zu isolieren und dadurch der Politik der russischen Emigranten neuen Aufschwung zu geben. Er behauptet, daß die von ihm in die Welt gesetzten Fälschungen in Moskau selbst fabriziert worden seien, und zwar habe die Moskauer Regierung damit die Emigranten in Mitleidenschaft internationalen

merkwürdige Beweisführung. Dem Pawlowski liegt ebenfalls daran, den Prozeß als einen politischen aufzugreifen und vor allem die deutschen Polizei- und Reichsbehörden hineinzuwickeln. Er behauptete vor Gericht, vom Berliner Polizeipräsidenten ein festes Monatsgehalt von 200 Mark bezogen zu haben, das ihm auf dem Wege über Giewert zugebracht worden sei, der sich aber dann jedesmal zehn Prozent abgezogen habe. Außerdem habe er vom Reichskommisariat für öffentliche Ordnung, das bekanntlich inzwischen durch eine Anordnung von Seewering aufgehoben worden ist, ein festes Monatsgehalt von 450 Mark erhalten.

Der kommunistischen Presse in Berlin liegt sehr daran, den Nachweis zu führen, daß nicht nur Pawlowski, sondern auch Orloff selbst mit den deutschen Behörden enge Beziehungen gepflogen habe und insbesondere von dem Berliner Polizeipräsidenten noch in den letzten Wochen während seiner Haft mit Aufträgen

versehen worden sei. Die „Rote Fahne“ bringt zu diesem Zweck eine Enthüllung nach der anderen und belastet dabei auch das Reichskommisariat für öffentliche Ordnung und das Reichswehrministerium. Mit den Verbindungen des Pawlowski zur Tschechen aber weiß die „Rote Fahne“ noch nichts Nichtiges anzufangen. Vor Gericht tun die Angeklagten so, als ob sie weder der russischen noch der deutschen Sprache richtig mächtig seien, während sich der Richter vergebens bemüht, die politischen Hintergründe des Prozesses zu klären. Noch ist vieles dunkel an dem komplizierten Geschäft der Angeklagten und ihren internationalen politischen Verbindungen. Aber da deren Geschäfte bereits zu tiefgreifenden internationalen politischen Verwicklungen (auch Sinowjewbriefe) geführt haben, kann man nur wünschen, daß sie bis in ihr letztes Dunkel aufgeklärt werden.

Riesenbrand an der Bucht von St. Francisco

Der Sommerwohnort der kalifornischen Millionäre in Flammen.

(San Francisco, 3. Juli. In der an der Bucht von San Francisco gelegenen Stadt Millvale, in der sich die Sommerhütten der oberen Zehntausend von San Francisco befinden, brach gestern ein ungeheurer Brand aus, der gegen Abend solche Dimensionen erreichte, daß man befürchten mußte, die ganze Stadt werde ein Raub der Flammen werden. Neben der Feuerwehr beteiligten sich Militär und die Einwohnerschaft an den Löscharbeiten. Eine Anzahl Personen wurde verletzt. Der Brand konnte, nachdem 75 bis 100 Häuser eingestürzt worden sind, in der Nacht zum Stehen gebracht werden.

Ueber 200 Häuser zerstört oder beschädigt.

(San Francisco, 3. Juli. Der bereits gemeldete Riesenbrand in dem in der Bucht von San Francisco gelegenen als Sommerwohnort vieler kalifornischer Millionäre bekannten Ort Millvale war nach bei-

nahe 24stündiger Dauer noch immer nicht völlig niedergelämpft, sondern droht jederzeit sich noch auf die Wohnhäuser in der weiteren Umgebung des betroffenen Stadtteils auszubreiten. Durch Funkenflug sind in den Casca-Canyon, auf dem Abhang unterhalb des Mount-Tamalpais und längs der Corto-mega-Hügelkette neue Brände entstanden. Das Feuer brach gestern nachmittag auf dem Mount-Tamalpais aus, verbreitete sich schnell über den Abhang Blithedale-Canyon und bedrohte zeitweise sogar das dreieckige Weite entfernte Viertel der Stadt. Die Bekämpfung des Brandes war durch Wassermangel stark behindert. Infolgedessen wurden die Bäume und Geschäftshäuser geräumt und Geld und Waren in Sicherheit gebracht. Unter den zahlreichen Freiwilligen, die sich an der Löscharbeit beteiligten, sah man Millionäre, Kleinrentner und Hausangestellte Seite an Seite arbeiten. Nach den letzten Schätzungen beträgt der Brandschaden weit über eine Million Dollar. Fast 200 Wohnhäuser wurden zerstört oder beschädigt, darunter mehrere mit wertvollen Bibliotheken und kostbaren Sammlungen von Kunstgegenständen und Teppichen. Auch die Villa des früheren Generalkonsuls Ziegler ist beschädigt worden.

Zum fluge Chicago - Berlin gestartet.

Glatte Abflug.

(Chicago, 3. Juli. Das große Land- und Wasserflugzeug „Antinow“ der Flieger Gast und Parker Cramer startete heute hier zu seinem fluge Chicago-Berlin. Der Abflug nordwärts vollzog sich glatt vom Michigansee aus. Die erste Zwischenlandung soll in Milwaukee erfolgen.

In 5 Tagen will man in Berlin sein.

(Chicago, 3. Juli. Das Riesenflugzeug „Antinow“, das der „Chicago Tribune“ gehört, will mit seinen drei Insassen, Bob Gast als Piloten, Parker Cramer als Mitpiloten und Navigator und Flugredakteur Robert Word von der „Chicago Tribune“ heute 1600

Kilometer zurücklegen und dabei verschiedene Zwischenlandungen machen. So will das Flugzeug u. a. in Milwaukee stoppen, um am Denmal des Gründers der Erie-Gen. der vor Columbus von Europa aus Amerika erreicht haben soll, am Michigansee einen Kranz niederzulegen. Nach weiteren Zwischenlandungen soll der flug heute bis Great Falls oder mindestens bis Ruperthausen gehen. Die Weiterfahrt ist über Grönland und Island nach Berlin geplant, das man fünf Tage nach der Abfahrt von Chicago zu erreichen hofft.

Die erste Etappe zurückgelegt.

(Milwaukee, 3. Juli. Das Riesenflugzeug „Antinow“ nahm um 8.37 Uhr früh (New Yorker Zeit) hier die angekündigte Zwischenlandung vor. Es wurde von Vertretern der Behörden und einer zahlreichen Menschenmenge begrüßt.

Wechselkreditschwindel zweier Ägypter in Verbindung mit Bankbeamten.

Berliner Kaufleute um eine Million Mark geschädigt.

Verhaftung des Ägypters Helou.

(Berlin, 3. Juli. Dienstagabend wurde, einer Meldung der „Volks-Ztg.“ zufolge, auf der Joachimsthalerstraße der Ägypter Ali Ben Helou verhaftet, der von den internationalen Kriminalbehörden aller Länder seit langem gesucht wird. Der Ägypter hat es in den letzten Wochen auch in Berlin verstanden, ganz große Schindelschele zu verüben, durch die Berliner Kaufleute um rund eine Million Mark geschädigt worden sind. Ali Ben Helou hat seine Schindelschele auf eine Art verübt, die in Berlin in den letzten Jahren noch nicht dagewesen ist. Er hat Wechsel in Zahlung gegeben, die deshalb anstandslos für gelieferte Waren angenommen wurden, weil das Bankhaus den Akzeptanten mitteilte, daß der Ägypter ein so großes Guthaben in amerikanischen Dollars unterhalte, daß die Wechsel anstandslos eingelöst werden würden. Als die Wechsel am Verfalltag aber trotzdem zu Protest gingen, wurde Anzeigenerstattung und die Polizei erkannte nach der Personalbeschreibung, daß es sich bei dem Betrüger um einen langgesuchten internationalen

Verbrecher handelte. Wie die Bank dazu kam, die Wechsel des Schwindlers als gut zu bezeichnen, ist noch Gegenstand der polizeilichen Untersuchung.

Bisher zwölf Haftbefehle erlassen.

(Berlin, 3. Juli. In der Affäre des ägyptischen Wechselkreditschwindlers Helou ist bereits eine zweite Verhaftung erfolgt. Ein von den internationalen Kriminalbehörden gleichfalls gesuchter Mann, der Ägypter Muna, ist verhaftet worden. Er hat Helou bei seinen großen Betrügereien Hilfe geleistet. Die staatsanwaltschaftliche Untersuchung ist auch auf die Angehörigen eines kleinen Bankhauses in der Potsdamerstraße ausgedehnt worden. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie im Bunde mit den ägyptischen Schwindlern die Firmen, die bei dem Bankhaus nach der Kreditwürdigkeit des Helou anfragten, auf die raffinierteste Art und Weise geschädigt haben. Angeklagt sind von der staatsanwaltschaft bisher 12 Haftbefehle erlassen worden, die gegen Personen ausgestellt sind, die zum großen Teil flüchtig geworden sind. Das in Frage kommende Bankhaus in der Potsdamerstraße hat seine Pforten bereits geschlossen.

Die zweite Ausschusßberatung des Umgemeindungs-gesetzes.

Zumeist die Beschlüsse der ersten Beratung bestätigt.

+ Berlin, 3. Juli.

Der Gemeindeausschuß des preussischen Landtags setzte heute vormittag die Beratung zum zweiten Um-gemeindungs-gesetz bei § 22 (Stadtgemein-de Duisburg-Hamborn) fort. Die Entscheidung wurde noch zurückgestellt. Das gleiche war der Fall bei einer großen Anzahl weiterer Eingemeindungen, so bei Solingen, Oberhausen, Mülheim, Essen, Düsseldorf, Elberfeld-Barmen, Remscheid und Gelsenkirchen-Buer. Auch das Problem Dörken soll erst in der Nachmittags-sitzung behandelt werden. Zunächst wurde lediglich § 45 über den Zusammenschluß der Ämter in der ersten Ausschusß-sitzung bestätigt. Danach werden

die Ämter Remscheid und Alt-Schermbach zu einem Amt Herdecke-Dörken zusammengeschlossen.

Auf Antrag der Ämterversammlung des Amtes Herdecke-Dörken kann der Regierungspräsident den jeweiligen Bürgermeister der Stadt Dörken kommissarisch, jedoch längstens für die Dauer seiner Wahlzeit, zum Bürger-meister des Amtes Herdecke-Dörken ernennen.

Annahme fand § 47 in der Fassung der Regierungsvorlage. Danach werden

zu dem Landkreis Krefeld-Hausen die Stadtgemein-de Haltern und das Amt Haltern mit den Land-gemeinden Haltern-Bippamberg und Haltern eingegliedert.

Ferner fand in unveränderter Fassung Annahme § 48, wonach die

Landkreise im Regierungsbezirk Aachen aufgelöst werden. Angenommen wurden die Bestimmungen über die

Stadtgemein-de Dortmund, wobei die in der ersten Beratung eingefügte Eingliederung auch von Eschberg bestätigt wurde.

Ferner fanden Annahme in zweiter Lesung die vom Ausschusß beschlossenen Bestimmungen über die Stadt-gemein-de Jülich. Danach werden

in die Stadtgemein-de und den Stadtkreis Jülich Teile der Landgemein-de Esch und Eschfeld ein-gegliedert.

Die nicht eingegliederten Teile der Landgemein-de Esch kommen teils nach Landhausen (der nördliche Teil), teils nach Hemer (der mittlere Teil), teils nach Wefg (der südliche Teil).

Die Kreisfreiheit von Schwerte wurde abgelehnt.

In der Nachmittags-sitzung wurde zunächst die Beratung zum Einführungsgesetz abgeschlossen.

Der in der ersten Ausschusßberatung neu eingefügte § 3a über die Rechtsnachfolger-schaft für die Stadtgemein-de Krefeld-Lerdingen erhielt auf Vorschlag des Berichterstatters Dr. Gatz (Ztr.) folgende neue Fassung: Rechtsnachfolger der Stadtgemein-de Krefeld-Lerdingen sind die Stadtteile Krefeld und Lerdingen inbezug auf die gemäß § 7 des Gesetzes über die kommunale Neu-gliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets in die gemeinsame Verwaltung der Stadtgemein-de Krefeld-Lerdingen übergebenen Verwaltungsbereiche. Rechts-nachfolger der Stadtgemein-de Krefeld-Lerdingen sowie der Ämter Hülshausen und Traar sind die Stadtteile Krefeld und die Stadtgemein-de Krefeld-Lerdingen.

Damit war die Beratung des Einführungsgesetzes er-lebte.

In der Fortsetzung der Beratung des Umgemeindungs-gesetzes wurde zunächst zu den Bestimmungen des Land-kreises Mers § 14, der die Eingliederungen in die Landgemein-de Neukirchen-Wingo vorsieht, unverändert angenommen.

Die Beratung zu § 17 über die Neueinteilung der Landkreise wurde zunächst noch zurückgestellt.

Zu den Bestimmungen zum rechten Rheinufer wurde § 21 auf sozialdemokratischen Antrag in der Fassung an-genommen, daß bestimmt wird, daß

die Landkreise Düsseldorf, Mettmann, Solingen, Lennep und Essen aufgelöst

werden. Die Regierungsvorlage hatte hierzu auch die Auflösung des Landkreises Dinslaken vorgeschlagen. In der ersten Ausschusßberatung war nur die Auflösung der Landkreise Solingen, Lennep und Essen fest-gelegt worden.

§ 22, der den Zusammenschluß

Duisburg-Hamborn vorsieht, wurde ebenfalls angenommen. In der ersten Beratung war eine Änderung hierzu nicht beschloffen wor-den. In sich getrennt stimmten Zentrum und Deutsche Volkspartei. Der Antrag (Greßler (Dem.) Hamborn nicht nach Duisburg zu geben, war mit der Bestätigung der Regierungsvorlage in ablehnendem Sinne erledigt.

§ 23, der die Eingliederungen nach Duis-burg-Hamborn festlegt, wurde mit großer Mehr-heit in der Fassung der ersten Beratung angenommen.

Der Antrag der Kommunisten, die vom Ausschusß ge-strichenen Absätze 2 und 4 wiederherzustellen und Ham-burg und Rheinhausen aus dem Kreise Mers, also nach Duisburg zu geben, wurde abgelehnt. Für den Antrag stimmten nur die Kommunisten.

Von der Deutschen Volkspartei wurde eine Erklärung abgegeben, daß sich aus der Haltung des Ausschusses er-lehen lasse, daß die Eingliederung von Ham-burg nach Duisburg ausfallslos sei. Die Kommunisten stimmten der Erklärung zu.

Zu § 26, der

Oberhausen, Sterkrade und Osterfeld zu einer Stadtgemein-de und einem Stadtkreis Ober-hausen zusammenschließt, lag ein kommunistischer Antrag vor, nach Mülheim einzugliedern. Der kommunistische Antrag wurde abgelehnt. Die Kommunisten stimmten nunmehr gegen die Regierungsvorlage. Die, die der Ausschusß unverändert gelassen hatte, wurde mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen.

Zu den Bestimmungen über die

Eingemeindung Essens wurde § 29 in der Fassung der ersten Ausschusßberatung an-genommen. Der Ausschusß hatte in der ersten Beratung

hinsichtlich der Landgemeinde Karnap eine andere Grenzberichtigung vorgehen. Der vom Ausschuss neu eingeführte § 24 über die Grenzberichtigung zwischen den Stadtgemeinden Essen und Bottrop wurde gleichfalls unter einer Änderung bei der Eingangsabgrenzung angenommen.

§ 30, wonach in die Landgemeinde Dreilochhausen im Wege der Grenzberichtigung ein Teil der Stadtgemeinde Essen eingegliedert werden sollte, blieb gestrichen. Damit ist die Frage der Verlegung (Gemeinde Schür) im Sinne des Beschlusses des ersten Ausschusses erledigt.

Ein Antrag der Volkspartei, wonach Werden selbständig bleiben soll, wurde gegen Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Demokraten abgelehnt. § 31 über die Auflösung der Rente des Landkreises Essen wurde wiederum in der Regierungsfassung angenommen.

Beim Abschnitt über die

Stadtgemeinde Düsseldorf

wurde der Antrag der Volkspartei, wonach Wenzel selbständig bleiben soll, abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten Zentrum, Demokraten, drei Deutschnationale und Kommunisten.

Abg. 2 des § 32, der die Eingemeindung von Wüderich nach Düsseldorf vorschlägt, und in der ersten Lesung angenommen worden war, wurde gestrichen, so daß Wüderich beim Landkreis verbleibt. Es wurde eine neue Bestimmung eingefügt über Grenzberichtigungen dahin, daß das zu Wüderich gehörige Werk ganz nach Wüderich kommt, während die beiden zu Düsseldorf gehörigen Werke ganz nach Düsseldorf kommen sollen.

§ 34 betreffend die Stadtgemeinde

Solingen

wurde, wie bereits in der ersten Lesung, unverändert nach der Regierungsfassung angenommen, worauf der Ausschuss die Weiterberatung auf Donnerstag vertagte.

Die Belagerung des Gemeindeausschusses.

○ Berlin, 3. Juli.

Ueber den Kampf um die Umgegend bringt die „Vossische Zeitung“ in ihrer Abendausgabe folgendes Stimmungsbild:

Seit gestern berät der Gemeindevorstand des Preussischen Landtages über die Umgegendungsfrage in zweiter Lesung. Betritt man das Haus in der Prinz-Albrecht-Straße, so glaubt man sich in ein Heerlager versetzt. In den Wandelhallen, in den Gängen, in den Restaurationen stehen, sitzen, laufen einige hundert Menschen aufgeregt umher, denen man anmerkt, daß sie in diesem Hause fremd sind. Eine Notgarde steht in der Wandelhalle aufgestellt. Was wollen diese Menschen hier? Land, Land! denken sie und rufen sie. Im Gemeindevorstand wird jetzt entschieden, ob der Kreis Wüderich in die Stadt Düsseldorf einbezogen werden soll. Wer kann es den Jernlohnern verdenken, daß sie auch ein Stück davon haben wollen? Und die Reuther, die Düsseldorfser, die Krefelder, die Hamborner, sie sind ja da. Jeder begehrt etwas, und wehrt sich zugleich gegen den Nachbarn. 20 Abgeordnete aber sitzen im Saal Nr. 5 und denken nach, wie man das Umgegendungsgebot unter Dach und Fach bringen kann, ohne es mit allen zu verderben, da die da unten Rache schreien, wenn die Interessen ihrer engeren Heimat nicht gewahrt werden. Unten... denn das ganze zweite Stockwerk ist streng gegen die ungeladenen Besucher abgeschlossen, alle die Bürgermeister, Stadträte, Reichstagsabgeordnete, Stadtverordnete aus Rheinland-Westfalen. Die Restauration ist durch einen Vorhang in zwei Teile geteilt. Rechts vom Vorhang sitzen die Gäste, links die Abgeordneten. Sie sollen wenigstens dort sitzen; aber in der Pause führt mancher schnell mit dem Fahrlauf gegenüber dem Saal 5 in das Erdgeschoß hinunter, um außerhalb zu speisen, und in der Wandelhalle, in den Gängen, im Restaurant des Landtags warten die Besucher auf „ihren“ Landtagsabgeordneten.

Neue Bestimmungen über die gesetzliche Miete.

○ Berlin, 3. Juli. Wie der Amliche Preussische Pressedienst mitteilt, werden durch eine demnächst in der preussischen Gesetzsammlung erscheinende Verordnung des preussischen Staatsministeriums neue Bestimmungen über die Mietverhältnisse und die gesetzliche Miete in Kraft treten, und zwar ist der 1. August dieses Jahres als Anfangstermin für die Gültigkeit der neuen Bestimmungen gedacht, nach denen die Gemeindevorstände einen Hundertfuß der zehnten Friedensmiete festsetzen sollen, um den sich die gesetzliche Miete an den Orten erhöhen wird, wo eine Erhöhung der Mietpreise nach dem 1. Oktober 1927 vorgenommen worden ist. Durch die neue Bestimmung soll dem Vermieter ein Ausgleich für die ihm drückend treffende höhere Belastung gewährt werden.

Rücktritt des holländischen Kabinetts.

○ Haag, 3. Juli. Wie holländisch verlautet, hat Ministerpräsident de Geer der Königin im Hinblick auf die heute stattfindenden Wahlen zur zweiten Kammer den Rücktritt des Kabinetts angeboten. Hierzu verlautet aus politischen Kreisen, der Schritt des Ministerpräsidenten sei auf die Erwägung zurückzuführen, daß das derzeitige Kabinett als ein außerparlamentarisches Kabinett nur so lange im Amt zu bleiben wünsche, bis sich wieder die Möglichkeit für die Bildung einer neuen parlamentarischen Koalitionsregierung biete. Da die Aussicht besteht, daß diese Möglichkeit sich auf Grund der heutigen Wahlen ergebe, wolle das jetzige Kabinett volle Handlungsfreiheit in Bezug auf die Verfertigung einer neuen Regierung schaffen.

Die Frage des Konferenzortes.

○ Paris, 3. Juli. Wie der „Petit Parisien“ mitteilt, geht die allgemeine Meinung immer mehr dahin, die Regierungskonferenz in London, und zwar zu Beginn des Monats August abzuhalten. Man müsse allerdings noch mehrere Tage abwarten, bevor man unterrichtet sei, da der französische Standpunkt, in einem neutralen Land frei von jeder lokalen Beeinflussung zu tagen, sehr ernstlich erwogen werde.

Die Unterhausdebatte über die Thronrede.

Der erste Konflikt zwischen Regierung und Opposition.

○ London, 3. Juli. Im Unterhaus kam es heute zum ersten Konflikt zwischen der neuen Regierung und der Opposition, da sowohl Baldwin wie Lloyd George einen von MacDonald eingebrachten Antrag bekämpften, der darauf hinauslief, daß die Wahlen die Zeit des Parlamentes ausschließlich für die Vorlagen der Regierung vorbehalten bleibt unter der Bedingung, daß die Wahlen der Regierung das Haus einbringen. Der Antrag wurde daraufhin von MacDonald sofort zurückgezogen und soll später in veränderter Form erneut zur Vorlage gelangen. Thomas erhebt sich im Namen der Regierung auszuführen über die von ihm geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Er erklärte u. a., er sei entschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die dazu führen könnten, daß anstelle von Aus-

landswaren britische Erzeugnisse zum Verbrauch gelangen. Den Eisenbahngesellschaften sei eine Reihe von Plänen zur Begünstigung unterbreitet worden, die u. a. die Elektrifizierung der verschiedenen Linien, der Ausbau des unterirdischen Reges, die Verbesserung der Anlegestellen in den Werften und schließlich eine Gürtelbahn für Güterzüge vorsehen, die den Transport der Waren durch London überflüssig machen. Die Regierung schloß, wie Thomas weiter ausführte, vor den Betrag von 9,5 Millionen Pfund für ein fünfjähriges Programm zum Ausbau der Straßen erster Ordnung, und 20 Millionen Pfund für ein sechsjähriges Programm zum Ausbau der Straßen zweiter Ordnung bereitzustellen.

Churchill kündigte einen konservativen Änderungsantrag zur Antwortabrede auf die Thronrede an, der sich mit der Frage der Einfuhr aus ausländischen Ländern erheben. Sogenannte „Madonna“-Abgabe beschloß Churchill, die Forderung, daß die Regierung bald Näheres über ihre Absichten bezüglich der Einfuhr von Gütern der heimischen Industrie bekanntgibt, da es nicht angängig sei, die internationalen Industriezweige im ungewissen zu lassen. Churchill beschloß sich weiter mit dem Entwurf einer Resolution zum Gesetz über die Beilegung von Arbeits-

konflikten in der Industrie und erklärte dabei u. a.: Das Parlament wird nicht zulassen, daß der üble Zustand, wie er früher geherrscht hat, wieder eintritt. Besonders hervorgehoben zu werden dürften jedoch Churchills Aeußerungen zur Frage der Wahlrechtsreform verdienen, zu der er u. a. erklärte, die Konservativen werden der Versuchung nicht die Hand zu einem Versuch reichen, die liberale Partei von der politischen Bühne verschwinden zu lassen.

Die amerikanische Regierung gegen die französischen Vorbehalte.

○ New York, 3. Juli. Aus Washington wird gemeldet, daß die amerikanische Regierung alle französischen Vorbehalte zum Vertrag von Versailler ablehnen werde, soweit die französischen Schuldenzahlungen an Amerika vom Eingang der deutschen Kriegsschadenszahlungen abhängig gemacht werden. Die Washingtoner amtlichen Kreise betrachten Frankreich als das am meisten blühende Land Europas und lehnen daher jede Armutspropaganda ab.

Haben das deutsche Groß-industrielle gesagt?

Behauptungen eines französischen Generals.

Von unserer Berliner Redaktion.

○ Berlin, 3. Juli. (Draht.)

Ausführungen aus der westdeutschen Schwerindustrie über die deutsche Zahlungsfähigkeit hat der französische General Morbecq in einer Broschüre „Résumé des Rheinlandes“ wiedergegeben, die vor längerer Zeit bereits in einem Berliner rechtsstehenden Blatt auszugswiesig veröffentlicht worden sind. Der „Jungdeutsche“ greift jetzt diese Behauptung wieder auf und stellt fest, daß der genannte französische General tatsächlich in der erwähnten Broschüre, die in dem Verlag Jules Talandier, Paris, erschienen ist, wörtlich folgendes behauptet hat:

„Denn kam die Ruhr. Eine schlecht geführte Angelegenheit. Um das erste Ergebnis zu erreichen, d. h. um die Deutschen zum Zahlen zu zwingen, hätte man nur auf die Hören müssen, die sich an Ort und Stelle befanden, die nicht nur das Land selbst, sondern auch die deutsche Geistesverfassung kannten. Man hätte also keinen einzigen französischen Soldaten an die Ruhr selbst werfen dürfen, sondern hätte die Ruhr ganz einfach von unseren Truppen einnehmen lassen müssen, um sie auf diesem Wege vollständig vom übrigen Deutschland zu isolieren. Dann hätten die ungezählten deutschen Zechen und Fabriken genau so weiter gearbeitet wie in normalen Zeiten und die Großindustrie hätte uns die Summe gezahlt, die uns die deutsche Regierung

verweigerte. Wie oft haben wir nicht die Großindustriellen der Ruhr aus Düsseldorf und aus der Gegend von Mainz wiederholt, daß man, wenn wir die erste Methode angewandt hätten, sie uns gleich jedes Jahr 4—5 Milliarden Goldmark hätten zahlen können und daß sie selbst noch obendrein schwer verdient hätten.“

Diese Behauptung des französischen Generals ist so ungeheuerlich, daß man sich allen Ernstes fragen muß, wie es möglich war, daß diese Behauptungen in einem Berliner Blatt wiedergegeben werden konnten, ohne daß seitens der deutschen Großindustrie irgendwelche darauf Bezug genommen worden ist. Der Mitarbeiter des „Jungdeutschen“ stellt fest, daß, wo immer man in Paris hinkomme, die Behauptung des Generals Morbecq bekannt sei, und sie einem immer wieder entgegengehalten werde, wenn man die Unmöglichkeit der Durchführung des Youngplans zu beweisen versuche. Die Franzosen erbilden darin, daß die deutschen Großindustriellen den Feststellungen Morbecqs bisher kein Dementi entgegengelehrt haben, eine Bestätigung und halten die deutschen auf die Unmöglichkeit der Reparationszahlungen gemachte Beweisführung für einen Waff. Wir sind der Meinung, daß in der Tat die deutsche Schwerindustrie allen Anlaß hat, sich so schnell wie möglich zu den Behauptungen des französischen Generals Morbecq zu äußern, und daß nötigenfalls die Reichsregierung alles aufbietet, die berufenen Vertreter der deutschen Schwerindustrie zu einer Stellungnahme zu veranlassen.

Eine Mehrheit für das Konkordat gesichert.

Auch die Wirtschaftspartei stimmt dafür.

○ Berlin, 3. Juli.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wurde heute die Aussprache über das Konkordat fortgesetzt. Nachdem gestern der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien über die Frage verhandelt hatte, wie den evangelischen Kirchen am besten eine Garantie über gleichwertige Verträge gegeben werden könne, wurden die Besprechungen heute vormittag mit einer Fühlungsnahme mit der Wirtschaftspartei fortgesetzt. Der bekannte demokratische Anführer der Staatsregierung erklärte, alsbald Verhandlungen zur Erzielung von gleichwertigen Verträgen mit den evangelischen Kirchen anzubahnen, ist in einigen Punkten geändert worden. So hat man aus „ausreichende Dotationen“, die den evangelischen Kirchen gewährt werden sollten, das „ausreichende heraus“, gefügt und auch sonst eine Formulierung gesucht, die zugleich die Zustimmung der Wirtschaftspartei und evangelischen Teile der Sozialdemokratie für sich haben könnte. Außerdem

wird die Regierung nochmals bindend ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen erklären.

Jedoch auch die Mehrheit der Vertreter der evangelischen Interessen erfüllt wurde. Man glaubt in parlamentarischen Kreisen, daß hiermit eine

Majorität für den Vertrag gesichert ist, die sich aus den Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei zusammensetzt.

In der fortgesetzten Aussprache führte Abg. Dr. Rinebold (Z.) aus, die katholischen Kirche lege keinen Wert darauf, in beratenden Verträgen etwa besonders viel herauszuschlagen. Sie wolle vielmehr nur mit den einzelnen Wörtern in Frieden leben und sich dabei den Verhältnissen eines jeden Landes anpassen. Dr. Rinebold schloß mit dem Hinweis, daß die italienischen Verträge sich durch einen völligen Mangel an wirtschaftlicher Sachkenntnis auszeichneten. Insbesondere

dagegen protestierten, daß der Abgeordnete Kriege den deutschen Katholiken das Nationalgefühl mindere bewußt habe.

Abg. Dr. v. Campe (Dn.) wies diese letzteren Ausführungen des Abgeordneten Rinebold als unverständliche Beleidigungen gegen seine Freunde zurück. Die Ausführungen Dr. Kriege seien von tiefgründiger Kenntnis und von der Ueberzeugung getragen, daß das Konkordat den konfessionellen Frieden fördern könne. Er erwartete auf seine Frage,

ob bei den Verhandlungen ausdrücklich festgelegt sei, daß die Kirche aus Artikel I keine Rechte auf die Schule bestehe, ein klares Ja oder Nein.

Der Papst habe in seinem Brief an Mussolini ausgeführt, daß das vollständige Erziehungsmandat nicht dem Staat, sondern der Kirche zugehöre. Seine Forderung erwarde ein klares Ja oder Nein. Die Staatsregierung bereitete, zuzustimmen, daß das vorliegende Gesetz erst in Kraft tritt, wenn die Verhältnisse der evangelischen Kirche zum Staat gleichwertig geregelt seien und ob sie zu einer vertraglichen Regelung bereit sei.

Abg. D. Binder (Dn.) führte aus, die acht evangelischen Landeskirchen hätten sich geeinigt auf einen Vertrag, der fertig sei. Es bestünde daher bei gutem Willen der Staatsregierung sehr wohl die Möglichkeit, diesen Vertrag bereits in wenigen Tagen dem Landtag zu überweisen, jedoch schon in acht Tagen die Verträge mit beiden Kirchen verabschiedet werden könnten. Mit den Ausführungen des Fi-

nanzministers, daß eine Mitwirkung des Staates an der Verwaltung des kirchlichen Vermögens schon wegen der Verquickung mit den Steuerfragen erforderlich sei, könne er übereinstimmen.

Hierauf begründete nochmals Abg. Schulz-Neuß (Dn.) ausführlich die ablehnende Haltung seiner Fraktion.

Von der Wirtschaftspartei war inzwischen beantragt worden, den konfessionellen Vertrag, der das Inkrafttreten des Konkordats bis zum Abschluß gleichwertiger Verträge mit den evangelischen Kirchen bewerten will, eine Frist von drei Monaten zu setzen. 1. Januar 1930 zu gehen. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, will die Wirtschaftspartei für den eingangs erwähnten Kompromißantrag mitstimmen.

Kultusminister Dr. Beder gab im Namen des Staatsministeriums die Erklärung ab, daß das Staatsministerium dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Gause, wie er nunmehr formuliert worden ist, zustimmt.

Der Antrag lautet, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen einzutreten, über Verträge, die auf dem Gebiet der Religionsübung, des kirchlichen Eigentums und anderer kirchlicher Rechte, der innerkirchlichen Gefühlsbindung und der Verwaltung der Dotationen und Behandlung der lebenden Vertreter der paritätischen Kirche stehen. Dabei soll weiter geprüft werden, ob die bisherige Rechtslage hinsichtlich der Befreiung der theologischen Lehrstühle vertraglich festgelegt werden kann. Der Kultusminister erklärte weiter, daß

nicht nur in seiner Weise auf die Schule Bezug genommen sei, sondern daß darüber hinaus auch seiner Meinung nach die Befreiung der theologischen Lehrstühle vorzuziehen sei.

Er verweist besonders auf die Stellungnahme der gesamten katholischen Presse, die gerade die Nichtbeachtung der Schule beklagt habe. Der Minister erklärte dann, daß die besonders in der Lehrpresse ausgesprochene Befürchtung, der Artikel V werde die Trennung vereinigter Schul- und Kirchenämter und die Vermögensauseinanderhebung hindern oder erschweren, zweifellos unbegründet sei. Es wäre ein leichtes gewesen, die politische Klausel gegenüber dem Papst aufrecht zu erhalten. Es war aber ausdrücklich der Wunsch der Staatsregierung, im Interesse der Stärkung der kirchlichen Kapitel diesen gegenüber die politische Klausel, die das Einspruchsrecht des Staates bei der Bischofswahl bedeutet, wirksam werden zu lassen.

Zur Frage nach der

Möglichkeit eines Schiedsgerichts

erklärte der Kultusminister, daß der Staat zu einem solchen niemals gezwungen werden könne und daß er niemals dazu gezwungen werden werde. Ein Schiedsgericht werde sowohl der evangelischen wie der katholischen Kirche gegenüber als

für den Staat unannehmbar

angesehen. Es sei aber zu beachten, daß in das Gesetz von 1924 über die vorläufige Regelung der Verhältnisse zwischen dem Staat und der evangelischen Kirche ein Schiedsgericht auf Antrag des volksparteilichen Abgeordneten Kriege eingelegt worden sei.

Abg. Dr. Pauker (Z.) stellte der Haltung der Deutschen Volkspartei diejenige der Deutschnationalen gegenüber und meinte, daß die Deutschnationalen mit vorbildlicher Sachlichkeit dem Staatsverträge gegenüberstünden. Er gab die

Zusicherung, daß bei eventuellen künftigen Auseinandersetzungen über die Schule eine Beziehung auf den Artikel I nicht erfolgen werde.

Zum Schluß appellierte der Redner an die Deutschnationalen, dem Vertrag zuzustimmen.

Kultusminister Dr. Beder gab dem Abg. Heßmann die gewünschte Zusicherung für den künftigen Vertrag mit den evangelischen Kirchen.

Auch Finanzminister Dr. Hüpper-Archoff beschäftigte sich mit einer Forderung des Abg. Heßmann und führte dazu aus: Steuererlasse für die katholische Kirche würden vom Staat befreit, Steuererlasse der evangelischen Kirche aber von den kirchlichen Instanzen selbst; sie seien dann nur noch vom Staat zu genehmigen. Umlagen bedürften sowohl bei der katholischen wie bei der evangelischen Kirche der Genehmigung des Staates.

Abg. Stendel (D. Sp.) verteidigte sich gegen den Vorwurf, daß es sich bei seiner Rede am Montag um eine bewußte und gewollte Provokation gehandelt habe.

Abg. Heß (Z.) erklärte, unter Ablehnung des deutschen nationalen Antrages und des Zusatzantrages der Wirtschaftspartei würde das Zentrum dem demokratischen Entschließungsantrag zustimmen.

Abg. König (Soz.) begründete einen Entschließungsantrag seiner Fraktion, der hauptsächlich die Interessen des Arbeiterverbandes wahrnehmen will.

Angenommen wurde der demokratische Antrag zugunsten der evangelischen Kirche mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Fraktion, des Zentrums und der Demokraten

gegen die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten bei Stimmmenthaltung der Sozialdemokraten. Der von der Deutschen Volkspartei dazu gestellte Zusatzantrag, unverzüglich Verträge mit der evangelischen Kirche abzuschließen, wurde abgelehnt, der angenommen demokratische Antrag verlangt bekanntlich, unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen über Verträge einzutreten. Angenommen wurde ferner der sozialdemokratische Antrag zugunsten der Freidenker.

In der Schlußabstimmung wurde der Kirchenvertrag mit 16 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten, und der Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien angenommen.

Kein Eintritt der Wirtschaftspartei in die Regierung.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 3. Juli (Draht.)

Die Verhandlungen der Wirtschaftspartei in der Konfessionsfrage haben ergeben, daß mit ihrer Zustimmung zu dem Staatsvertrag mit der Kirche bestimmt zu rechnen ist. Eine, wenn auch nicht überwältigende große Mehrheit ist somit im Plenum gesichert. Es ist nun weiter nicht verwunderlich, wenn das Verhalten der Wirtschaftspartei in Zusammenhang gebracht wird mit der gesamten politischen Lage. So weiß beispielsweise die „Allgemeine Deutsche Tageszeitung“ von einem bevorstehenden Eintritt der Wirtschaftspartei in die preussische Regierung zu berichten. Das Handelsministerium sollte gegebenenfalls für die Wirtschaftspartei eine geeignete Stelle ausfinden. Die Wirtschaftspartei ist somit im Plenum gesichert. Es ist nun weiter nicht verwunderlich, wenn das Verhalten der Wirtschaftspartei in Zusammenhang gebracht wird mit der gesamten politischen Lage. So weiß beispielsweise die „Allgemeine Deutsche Tageszeitung“ von einem bevorstehenden Eintritt der Wirtschaftspartei in die preussische Regierung zu berichten. Das Handelsministerium sollte gegebenenfalls für die Wirtschaftspartei eine geeignete Stelle ausfinden.

Nunius Pacelli wird Kardinal.

Nach einer römischen Meldung der „Germania“ sollen in dem geheimen Konklave, das am 15. Juli stattfinden wird, außer dem aus Erzbischof von Mailand ausgetretenen Abt Schuler aus dem Bistum von Mailand und Sekretär der Konklavekongregation, der Kardinal Erzbischof Serafini zu Kardinal ernannt werden. Auch der Erzbischof von Palermo von Palermo wird als wahrscheinlicher Annahmer genannt. Mit der Ernennung des Nunius Pacelli zum Kardinal würde natürlich auch ein Wechsel in der Berliner Kurie eintreten.

Diebstahl von 30 000 Mark im mitteleuropäischen Reisebüro.

○ Berlin, 3. Juli. Ein bisher unbekannter Diebstahl heute nachmittag aus der Bäckerei des mitteleuropäischen Reisebüros. Unter den Vindas das ganze Portefeuille mit seinem Inhalt von 30 000 Mark. Der Angefallene, der die Bäckerei besuchte, wurde von einer Filiale des Büros telefonisch angerufen und begab sich einen Augenblick in seinen Verlag, um das mit dem Telefongespräch erbetene Geld bereitzulegen. Die geringe Zwischenzeit seiner Abwesenheit wurde für den Diebstahl ausgenutzt. Alle Bemühungen der Kriminalpolizei zur Ermittlung des Täters waren bisher erfolglos. In dem gestohlenen Portefeuille befanden sich außer den Banknoten noch für ungefähr 20 000 Mark Traveller-Schecks, die sofort gesperrt worden sind.

Vulkanausbruch auf den neuen Hebriden.

Missionsniederlassungen zerstört.

○ Suva (Fidschi-Inseln), 3. Juli. Der große Vulkan auf der Insel Ambrym (Neue Hebriden) ist wieder in Tätigkeit getreten. 300 bis 400 Eingeborene haben die Insel verlassen und auf einer benachbarten Insel Zuflucht gesucht. Bei dem letzten großen Vulkanausbruch im Jahre 1914 war die Hälfte der Insel zerstört worden.

○ Sidney, 3. Juli. Nach einer hier eingetroffenen Radiomeldung ist der Vulkanausbruch auf der zu der Gruppe der neuen Hebriden gehörigen Insel Ambrym am Abend des 28. Juni erfolgt. Die Missionsniederlassungen der Adventisten und Presbyterianer wurden zerstört. Menschen sind dabei nicht ums Leben gekommen. Man befürchtet, daß auch die zwischen diesen beiden Stationen gelegene Missionsniederlassung der katholischen Kirche dem Erdbeben zum Opfer gefallen ist.

Die großen Erdbebenverwüstungen in Neuseeland.

○ London, 3. Juli. Durch ein Flugzeug der neuseeländischen Regierung wurden am Dienstag die ersten genaueren Nachforschungen nach dem Umfange der Erdbebenverwüstungen im Gebiet von Karama (auf der Südhälfte Neuseelands) angestellt. Es wurden meilenweite Landstriche festgelegt. Niemand alles ist zerstört. Die verbliebenen Bewohner sind von allen Verbindungen abgeschnitten. Sie müssen in Kürze gerettet werden, da bereits starker Nahrungsmittelmangel herrscht.

Ein unglücklicher Liberaler m. Hochst. 4. Vorhanden wird ausgetrieben. Der M. gefüllt mit Wasser der letzten Ausgabe ein großes Infanterieheidebock, das d. einanderzueinander v. sich (überlegt) folgend, England u. wenn wieder ein unbewaffneter Krieger der Kräfte auf es: „Erinnert Euch nach dem Weltkrieg Vorhandenheit des einen Einkauf sei. Zumindest sei Mensch in Deutschland nicht jetzt, jemals wozu hat, einen wir das ernstlich d. die Herd die e. keine Stunde langen Truppen, die aber durch die fr. amerikanischen Re. ren wurde, haben denen. sich der M. Armee garniert die holländische Partei Generalschloß — mehr — weiß, ist. Eine gängig. häßliche verdr. durch, daß der N. jenseitigen Nationen ohne weiteres in Augenblick günst. urteilende Mensch weil die Partei Krieg geführt hat. Friedensbrecher a. Die Brühelbodonische 60 Millionen. schieds feiner weite Wehrmacht der V. gend ausgerüstet. d. d. Partei glei. dem „Schwaben“ das Gräueln lehrt. sonst müßten wir schaft gefügt, als. Arbeits. Hochst. 4. J. den 7. Juli, um nach Haas. D. Hochst. „Abmark. fahrt von Vorken Stadtkloß durch 1.30 Uhr (hat 2. karten) betragen Verein. Abfahrt. richtete der Zeit. Geert, über die nach Marienbaum. laufen sei. Der Herr Geert viel froher Geist im wurden neu in der Präses nahm dann U. Anno Neuman. edien Menschen. Möglichkeit des Strebs in der Trinterreier ablinenz zur Redi. bund gemacht habi. wies auf den ar. statfindenden Bu. sonen zur Teilnah. befeht sind, so f. Teatir meilen. Abfahrt Sonntag bruchstraße 22. Winthof. * Hochst. 4. J. horstbunde hatte f. seinen Ortgruppen nach Dorfen in d. tagung aufzunehm. steiten der Einlabu. wogung überweg. Tagungsleiterm. tion der Stadtoro. Kreiskoges. Nach. neter Riefener (Ma. fommung der lang. Prof. Dr. Westma. Freunde Begeister. Tagung wurde zu. reiches „Aussprache. Herr. Zuchausen. chern, namentlich o. bündeln. Die Frage Wirtschaftso. gell das Problem und teilweise auch sprchungen sichtbar gab den beiden Schwung. Besond. besseren Genußmum. Oberstudier. Hochst. 4. J. her ist daselbst am Dr. Bademar Ge. storben. Der Ver. Wiltbürger erimern. Herbst 1898 als m. ligen Hochst. 4. J. 1. April 1899 als O. Ordinarius der So. war er an der V. einem Gymnasium hervortretend beteti auf Grund des m. am 1. April 1900. letunda. Hierzu ko. tr. und Oberprim. hiesigen Gymnasium.

Warum denn Deutschland?



Oberstudiendirektor i. R. Dr. Stern †.
Bischof, 4. Aufl. Nach Setzungsanordnungen aus Ministerial-ist daselbst am 1. Juli der Oberstudiendirektor i. R. Dr. Maximilian Stern am 67. Lebensjahre unerwartet gestorben. Der Verstorbene, dessen sich nach manchen älteren Mitbürgern erinnern werden, hat seine Betätigung als Schriftf. 1898 als wissenschaftlicher Hilfslehrer an dem damaligen Bischoffer Programmflaum begonnen und wurde am 1. April 1899 als Oberlehrer an demselben angestellt. Als Ordinarius der Sekunda, die er bis zur Oberprima führte, war er an der Ausgestaltung des Programmflaums zu einem Gymnasium (mit Griechisch-Unterricht im Griechischen) hervorragend beteiligt. Der Ausbau der Schule begann auf Grund des Ministerial-Erlasses vom 16. Januar 1900 am 1. April 1900 zunächst mit der Umföhrung der Ober-Sekunda. Hierzu kamen in den folgenden Jahren die Unter- und Oberprima. Die erste Matrikulationsprüfung am neuen Gymnasium wurde am 17. und 18. Februar 1903

Die Auswirkung der Beschlüsse des Verkehrsvereins.

Als weitere Werbemaßnahme beschloß der Vorstand des VVB, die Herstellung einer besonderen Werbepostkarte, die auch von der Stadtverwaltung im geeigneten Rahmen umfangreich benutzt werden soll. Diese Postkarte zeigt auf der

Bevorstehende polizeiliche Vorschriften für Publikum und Unternehmer

Der Schüler den ausgezeichneten Erzieher und Jugendführer umgeben aus Pöchlitz scheiden. Nachdem Dr. Stern noch einige Zeit in Bräun als Gymnasialdirektor gewirkt hatte, übernahm er am 1. April 1913 die Leitung des Kaiser-Wilhelms-Gymnasiums in Röhlsen. Am 1. April 1928 schied er nach arbeitsreicher und verdienstvoller Tätigkeit aus dem Schuldienst und nahm bald darauf seinen Ruhestand in Wöhlitz in Münster. Als Dr. Stern das hiesige Gymnasium verließ, zählte das hiesige Gymnasium 16 Lehrkräfte, von denen jetzt nur noch der hiesige Religionslehrer, Herr Müßbaum, an der Unfalsch teil ist. Der Tod hat inzwischen große Lücken in das damalige Lehrkollegium gerissen. Dem jetzt verstorbenen Oberstudiendirektor Dr. Stern, der neben dem verstorbenen Gymnasialdirektor Madrau in hervorragender Weise an dem Aufbau der Schule beteiligt war, wird auch in keinem anderen Wirkungskreis Pöchlitz ein ehrenvolles Andenken bewahrt bleiben. R. 4. p.

Die an Sonntagen ausgegebenen Karten berechnen sich nach dem Fahrpreise. Die Karten für die Sonntags- und Feiertagsfahrten gelten an jedem Tage von 12 Uhr mittags (in Bocholt ausnahmsweise von 11 Uhr mittags an) an oder am Sonntags- und Feiertage zur Hin- und Rückfahrt, indessen nur am Sonntags- und Feiertage. Liegen mehrere Sonntags- und Feiertage unmittelbar hintereinander, so gelten die Karten innerhalb der Geltungsdauer an jedem Tage zur Hin- und Rückfahrt. Zur Rückfahrt allein gelten die Karten noch am Montag oder bis zu dem auf einen Feiertag folgenden Tage vormittags 9 Uhr. Bis zu dieser Stunde muß die Rückfahrt von der Ziel- oder einer Umwegstation angetreten und ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

Im Hinblick auf die guten Erfahrungen, die andere Städte mit einer derartig aufgezogenen Kasse gemacht haben, besteht auch für Bocholt die angenehme Aussicht, daß diese Maßnahmen zum Erfolg führen.

Von Weßel werden folgende Karten ausgegeben:
 Alpen (15), Bad Godesberg (130), Birken (14),
 Blumentamp (5), Bocholt (21), Bönninghardt (17),
 Bückeburg (9), Calcar (35), Cleve (52), Damm (116),
 (13), Diersdorf (8), Dortmund Hbf. oder Süd (76),
 Dutsberg Hbf. (35), Düsseldorf Hbf. oder Rlf. oder
 Derendorf (56), Eiten (43), Empel (23), Emmerich
 (82), Geldern (Rhtb.) (30), Goch (40), Haltern (Rhtb.)
 (19), Haltern (Weßel.) (42), Hamborn (22), Herzfel-
 dorfen (25), Jßelsberg-Anholt (33), Kevelaar (39),
 Köln (99), Königswinter (137), Krefeld Hbf. (60),
 Leimath (110), Mülten (Niederrh.) oder Vorbe
 (Niederrh.) (11), Mülheim (Ruhr) (33), Münster
 (Weßel.) (88), Oberhausen (27), Pedenberg (9), Scherm-
 bed (18), Werden (50), Xanten (21).

Die Lage im Bergbau war im großen und ganzen der Jahreszeit entsprechend zufriedenstellend. Der Absatz an Kohlen gestaltete sich im Durchschnitt recht befriedigend. Der Koksmarkt lag unruhigstill. Hier ließ namentlich das Gefähris in Brechels zu mündigen Wägen; es mußten größere Mengen Brechels auf Lager genommen werden.

In der Lage der Großelektrotechnik sind wesentliche Veränderungen nicht eingetreten. Hemmend würde die angepaßte Lage des Geldmarktes. Ingeordnete Ansetzungen, die auf eine baldige Behebung der Marktlage (schlehen fließen, tragen nicht vor. Der Auslandsmarkt zeigte mit Ausnahme von Stabeisen im Normonat eine mäßige Haltung. In Maßwerkzeugen war der Inlandsmarkt mäßig, der Auslandsmarkt dagegen teilweise aufnahmefähiger als im Normonat. Die Lage der Eisen- und Stahlindustrie war im großen und ganzen der Jahreszeit entsprechend zufriedenstellend. Der Absatz an Eisen und Stahl war im Durchschnitt recht befriedigend. Der Koksmarkt lag unruhigstill. Hier ließ namentlich das Gefähris in Brechels zu mündigen Wägen; es mußten größere Mengen Brechels auf Lager genommen werden.

seitdem die Mode immer neue Formen der Haar-

Ein Kind überfahren.
Wohlt, 4. Juli. Gestern morgen gegen 10 Uhr geriet der 14jährige Sohn eines in der Reichsstraße wohnenden Schneidemeisters in derselben Straße unter ein Milchfuhrwerk. Der Kleine erlitt am rechten Bein eine empfindliche Quetschung und am linken eine Fleischwunde. „Eine Schuld an dem Unfall trifft keinen, da das Kind aus der engen Gasse neben der Büchsen- u. Salm-Salminen Kaserne direkt gegen das Fuhrwerk fuhr.“

Stuhlverstopfung.

Von Dr. med. Stadion, Halle.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Darmes gehört die Entfernung der unbrauchbaren Speisereste aus dem Körper. Tritt bei träger Darmtätigkeit Stuhlverstopfung ein, so werden die

beruht. Appetitlosigkeit, Mattigkeit, Verminderung, Angestalt und Schlaflosigkeit sind häufig nur die Folgen ungenügenden Stuhlganges. Es ist daher unerlässlich, den trägen Darm allmählich wieder zu regelmässigem Arbeiten zu erziehen. Dies erreicht man durch häufigen Gebrauch eines pflanzlichen Abführmittels. Ein solches Mittel sind die ausschließlich aus pflanzlichen Bestandtheilen zusammengelegten Apopleter Pöcherl Brandt's Schweißperlen, die man in jeder Apotheke zu einer Mark und fünfzig Pfennigen die Schachtel erhält. Sie wirken wohlthätig anregend auf die Darmthätigkeit und regeln angenehm und zuverlässig den Stuhlaussa.

Sportrestaurant
GUT HUNTING
 (Inh. Hr. Hasenbeck).
 Heute, Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5. Juni,
 abends 8 Uhr:
GASTSPIEL
 des bekannten Stimmungsängers zur Laute u. Klavierhumoristen
Franz Menn (ausletzt Arkadia-essen)
Lustige Abende
 verbunden mit einer Stunde Hermann Löns

Geschäfts-Eröffnung.
Taxameterwagen No. 3 Anr. 2244
 Mit dem heutigen Tage habe ich einen Taxameterbetrieb am hiesigen Platze eröffnet und bin unter Nr. 2244 an den Fernsprecher angeschlossen.
 Ich fahre eine große Kraftdroschke (Sechssitzer) zum Tarife der Kleinkraftdroschken und bin Tag und Nacht zu erreichen. Am Tage steht mein Wagen (No. 3) auf dem Bahnhofsvorplatz und ist mein Anruf auch dort 2244.
 Jeder Auftrag wird reell und pünktlich erledigt. Ich bitte mein junges Unternehmen gütigst zu unterstützen.
 6714a.
 Hochachtungsvoll
Hermann Götting
 Vernerstraße 4 Fernruf 2244.

Sensationelle praktische Neuheit!
Locken-
Kamm mit Doppelwellenzählung
 ges. gesch.
WELLEN-FRISIER-KAMM
 Onduliert ohne Behelfe kurze und lange Haare nur durch einfaches Kämmen. Solid und unverwundlich. Unentbehrlich für jede Dame. Sie ersparen die Ausgaben für das Ondulieren beim Friseur und haben immer schön gelocktes Haar. Preis pro Stück nur Rmk. 2.50. Versand gegen Einsendung des Betrages in Briefmarken oder gegen Nachnahme. Bestellen Sie sofort bei Firma **E. Chollner, Wien VIII, Lerchenfelderstr. 34**. Hunderte von Dankschreiben liegen auf.

Fliegende Blätter
 und Megendorfer Blätter
 sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie
 „Immer mit der Zeit schreitend und für die Zeit.“
 „Eine Quelle herzerquickenden Frohsinns.“
 Wöchentlich eine reichhaltige Nummer.
 Das Abonnement kann jederzeit begonnen werden.
 Ueber die Bezugspreise unterrichtet der Buchhändler, das Postamt oder unmittelbar der
VERLAG „FLIEGENDE BLÄTTER“
 J. F. SCHREIBER, MÜNCHEN, MOHLSTRASSE 34.

Verpeist!
Dr. Schmitt
 Vertretung:
Dr. Koop,
 Königstr. 26.
 Kaufmann empfiehlt
 sich zum
Beitragen
der Bücher
 Off. unter Nr. 1875
 an d. Geschäftsstelle
 ds. Bl. erbeten.

Uppigen
Blumonitor
 u. kräft. Oedeihen
 d. Pflanzen bewirkt
 mein
Blumendünger
 Preis M.—50.
Dr. G. Bruns
 Nordstr. 22

Für meine Photo-
handlung ein
Fräulein
 gesucht.
 R. Bittner
 Roberstraße 27/29.

Mittelader
 für Transporte Her-
 ford-Buchholz gesucht
 Gustav Cinsweger,
 Jülich, Herford.

Für meinen kleinen
Haushalt suche ich
 15. Juni ein tüchtig.
 ordentliches
Mädchen
 Frau E. Wolff,
 Nordstraße 51

Bandwirtsch., 22 J.
 alt.
Sucht
Stellung
 als Ausf. Führ.
 mann od. Wärfenst.
 Näheres in der Ge-
 schäftsstelle ds. Bl.
 und bei H. Hein-
 rich, Rheide.

Bandwirtsch., 22
 Jahre, guter Pferde-
 pfleger
Sucht Stelle
 als Fuhrmann.
 Näheres in der Geschäfts-
 stelle dieser Zeitung. (1880)

30 Jm. wöchentl.
 durch leichtangewandte
 Artikel im Hause.
Weins, Weinberg
 Nr. 49. (5681)
Freundl. möbliertes
Zimmer
 für Herrn per so-
 fort gesucht.
 Offert. unt. Nr. 5684
 an d. Geschäftsstelle
 ds. Bl. erbeten.



Dals

interessiert Alle!



bringt ab 1. Juli
Damenkonfektion in billigen Serien!

MÄNTEL				
Impreg- Regenmantel	Herrenstoffe ganz gefüttert	Englische und weiße Mäntel für die Reise	Wollgeorgette und Sommer- Seidenmäntel	Frauenmäntel aus la Herren- stoffen und Charmelaine
10 ⁰⁰	19 ⁰⁰	29 ⁰⁰	39 ⁰⁰	49 ⁰⁰
WASCHKLEIDER				
Voll-Volle	Wash- Kunstseide	Mousseline	Tulle	Frauenkleider
5 ⁰⁰	7 ⁵⁰	10 ⁰⁰	15 ⁰⁰	19 ⁰⁰
SEIDENKLEIDER				
Taft und Kollenne	bedruckte Washseide	Crope de chine	Crope satin	Frauen- Seidenkleider
7 ⁵⁰	10 ⁰⁰	15 ⁰⁰	19 ⁵⁰	29 ⁵⁰
WOLLKLEIDER				
Ripo	Ripskleider auch in weiß	Crope Cald und Woll- Crope de chine	Reisekleider aus Kasha u. Wollgeorgette	Frauenkleider aus guten Wollstoffen
9 ⁵⁰	15 ⁰⁰	19 ⁰⁰	25 ⁰⁰	36 ⁰⁰

LEYENS & LEVENBACH

WESEL

Freibank
 Freitag nachmittag
 von 2 Uhr u. Samstag
 nachmittag von
 10 Uhr an ist
Kind- und
Schweinefleisch
 zu haben. 15716
Einfamilien-
haus
 zu kaufen gesucht.
 Angebote unter 1882
 an die Geschäftsstelle
 ds. Bl.

G. H. Meinen
 in der Nähe der Kreuzkapelle
 empfiehlt Bestells Ausflügern
 lohnenden Einkauf von 15572
Kaffee, Tee, Kakao und Tabakwaren.
 Omnibusverehr ab Markt: 7,45, 9,35 12,10 14,103 15,00
 18,10 SS 17,10 18,00 20,15 23,22 S
 Rückfahrt: 6,25 S 8,35 10,20 12,50 14,35 S 15,45 16,40 SS 17,40
 18,50 20,55 23,58 S
 S nur Sonntags, SS nur Samstags und Sonntags.

JUBILÄUMS-WERBETAGE!
 Aus Anlaß des 10jährigen Fabrikjubiläums bringt die Schuhfabrik »PAT OS«
 eine neue Serie eleganter Damen-Schuhe zum Einheitspreise von
16.50 M.

Bodholt's
größtes Schuhhaus
 für elegante
Damenschuhe

Benutzen auch Sie diese Gelegenheit, sich einen eleganten Schuh zu kaufen und lassen Sie sich unsere große Auswahl unverbindlich zeigen.
 Ferner finden Sie bei mir eine große Auswahl schöner Damenschuhe in allen Preislagen von 10.50 M. an.

Oskar von Osmundfeld.
BOCHOLT-NORDSTR. 28

Das Haus der guten Qualitäten.
 Beachten Sie bitte meine Schaufensterauslagen.

Rheide
 Bezugsge
 Kreisb
 Stadtrei
 Amlicher
 des Land
 von Bürg
 Antern u
 des Krei
 Dr
 der Zentr
 Nummer
 Zu 1
 Die Wähe
 auch der allz
 längerung des
 den Deerlagen
 letzten Tagen
 medt. Auf bei
 der Drohung,
 werden, als dur
 Kräfteverteilung
 Gefühl, daß es
 kommt, diese R
 halten, wobei
 welche Wirkung
 spricht. Die S
 Orgelinsti
 im Reichstag in
 sprachen hat un
 terne! an j
 gaben, haben wi
 lesen können, k
 können. Damit
 hat die deut
 tion auch noch
 gen den pre
 gebracht, vermut
 Geseh zum Schu
 tag eine Gelegen
 Kampagne gegen
 schmettern. Das
 des Landtages
 als ein neues
 man in Deutsch
 immer noch als
 auffaßt. Es lieg
 den völklicher
 zusammenstellen
 zliche Drohungen
 werden wollten.
 aus auf natio
 spricht auch dur
 Aber ist es
 so bitter er
 dig, darauf
 Art zu antw
 mokratie bereit
 Demokratie
 feß der Nobil
 rung geworden
 zur Zeit in der v
 wegen der W
 künstlich angefa
 haltigkeit des D
 des Publikums an
 aber das ände
 tung aller Z
 brüden ein Z
 nicht, so bleib
 herrschenden Krei
 fühlen und einen
 Gedanken trleben
 kein Diktat
 schen Führer
 deshalb nicht, we
 schloffenheit der
 Republik, die Dr
 ruhige, aber ener
 mentiert, als dur
 Kischen Hege zur
 Es liegt uns
 Rhlegmatismus d
 Geelenverfassung
 längt nichts zu
 ten das Temp
 lichen Schüß
 ber in einer
 sehen, nämlich in
 der Frage, wie
 heute immer noch
 ten ohne Verstän
 stehen, zu einem
 agogen werden Da
 lichen pädagogisch
 eine Vertief
 politischen W
 Deelgebud nicht
 einer festen Begr
 unserer Demokra
 Schwebes unser
 von ab, daß die
 Zeit besitzt, daß
 schen Umwechse
 sentiert werden k
 politischen Wette
 verbittert als die
 Das Bewußtsein
 verurteilt zu we
 beherrscht zu we
 republikaner müß
 nismus der demo
 organischen Weis
 nung eingeleiert
 des Autoritäts- u
 zeitige Einglieder
 in die Demokra
 gegen deren Angr
 ritätsgerf d